

**Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Die Ministerin



Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40211 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

**VORLAGE
18/2008**

A04

4. Dezember 2023

Seite 1 von 1

Aktenzeichen 216
bei Antwort bitte angeben

Dr. Edgar Voß
Telefon 0211 837-2370
Telefax 0211 837-2505
edgar.voss@mkjfgfi.nrw.de

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am
07.12.2023**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

für die o.g. Ausschusssitzung bin ich um einen schriftlichen Bericht zum
Thema „Sexuelle Übergriffe unter Kindern in NRW-Kitas“ gebeten wor-
den.

Dieser Bitte komme ich hiermit gerne nach und übersende Ihnen einen
Bericht mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Ausschusses
für Familie, Kinder und Jugend des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Mit freundlichen Grüßen

Josefine Paul

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Völklinger Straße 4
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 837-2000
Telefax 0211 837-2200
poststelle@mkjfgfi.nrw.de
www.mkjfgfi.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien
706, 709 (HST Stadttor)
707 (HST Wupperstraße)

Bericht der Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration

Sexuelle Übergriffe unter Kindern in NRW-Kitas

Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 07.12.2023

Zunächst wird grundsätzlich auf den Bericht der Landesregierung vom 7. November 2023 verwiesen.

Das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration hat zuletzt am 31. Oktober 2023 eine ausführliche Stellungnahme mit Frist 30. November 2023 beim Landesjugendamt Rheinland angefragt. Das Landesjugendamt Rheinland hat zwischenzeitlich mitgeteilt, dass die Stellungnahme aufgrund von Personalausfällen in Folge kurzfristiger Erkrankungen erst zum 15. Dezember 2023 zugeleitet werden kann. Zur Sicherstellung einer sachgerechten Bearbeitung der Stellungnahme wurde der erbetenen Fristverlängerung stattgegeben.

Für die Ausschusssitzung am 7. Dezember 2023 gibt es daher keinen neuen Sachstand.